



Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb Incl. Porto 2 Thlr. 1 Sgr. Inserationsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Beilage 1 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postämter Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 330. Mittag-Ausgabe.

Fünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Montag, den 19. Juli 1869.

Deutschland.

Berlin, 16. Juli. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Hofmarschall Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Karl von Preußen, Kammerherrn Grafen v. Dönhoff, den Königl. Kronenorden 3. Klasse, dem Gutsbesitzer Hollenberg zu Rottland, im Kreise Wabbel, und dem Cantor und Lehrer Kollage zu Hannover den Königl. Kronenorden 4. Klasse, sowie dem Gefreiten Koch vom 2. Hannoverschen Infanterie-Regiment Nr. 77 das allgemeine Ehrenkreuz verliehen, den zeitigen befohlenen Beigeordneten der Stadt Aachen, Dahmen, der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wiederwahl gemäß, in gleicher Eigenschaft für eine fernere zweijährige Amtsdauer bestätigt.

Dem ordentlichen Lehrer Dr. Rudolf Franz am Berlinischen Gymnasium zum grauen Kloster ist das Prädikat „Professor“ beigelegt worden.

Ihre Majestät die Königin, Allerhöchstselbst am 22. d. Mts. über Gms nach Koblenz reisen wird, hat gestern den königlich großbritannischen Botschafter nebst Gemahlin zum Diner geladen. — Se. Königl. Hoheit der Kronprinz hat am 12. d. M. von Nordenney einen zweitägigen Ausflug in strengstem Inognito unternommen. Se. Königl. Hoheit besuchte zunächst Bremen, stattete dann dem großherzoglichen Hofe in Kassel bei Oldenburg einen Besuch ab und besichtigte die Hafens- und Dockarbeiten in Wilhelmshaven. Von dort kehrte Se. Königl. Hoheit zu Wagen über Jever, Aurich und Norden nach Nordenney zurück.

Das Staats-Ministerium trat heute unter Vorsitz des Kriegsministers v. Roon zu einer Sitzung zusammen. (St.-A.)

[Der Privatdocent Dr. Lohmeyer] in Göttingen ist zum außerordentlichen Professor in der medizinischen Facultät daselbst ernannt worden.

[In die Commission für Berathung des Strafgesetzbuchs für Norddeutschland] sind berufen: Justizminister Dr. Leonhardt und Geh. Rath Dr. Friedberg zu Berlin, Generalstaatsanwalt Dr. Schwarze zu Dresden, Senator Dr. Donandt zu Bremen, Appellationsrath Dr. Bürgers zu Köln, Justizrath Dr. Dorn zu Berlin und Oberappellationsrath Dr. Budde zu Rostock. Der Justizminister Dr. Leonhardt wird den Vorsitz in der Commission haben.

[In der nächsten Session des Landtages] wird eine Frage zu den bereits vielfach erörterten als eine hervorragende treten, die Frage der Stellung der Gemeindefürsorge zu den von ihnen gegründeten höheren Schulen (Gymnasien, Realschulen, Gewerbe- und höheren Bürgerhöfen); es ist — so meldet der Berl. Corr. der „Fr. Ztg.“ — im Werke, die größeren Städte zu gemeinsamem Vorgehen zu vereinigen und die Forderung zu stellen, daß den Gemeinden auf die von ihnen gegründeten und unterhaltenen Schulen nicht jeder Einfluß systematisch abgeschnitten werde. (Zukunft.)

Gms, 16. Juli. [Se. Majestät der König] nahmen gestern Abend nach dem gewöhnlichen Rundgang durch den Kurgarten bei der Frau Großherzogin im Panorama den Thee ein. — Heute Morgen trank der hohe Gurgast zwei Becher Kräutchen und einen Becher Retselbrunnen; die Badecur hat gestern begonnen. Während der Promenade empfing der König heute Morgen mehrere Gurgäste und hatte mit denselben Unterredungen; lange bemerkte ich an seiner Seite die Herzogin von Sagan mit ihren drei Töchtern, den Herzog von Sijuna u. Um 1/2 11 Uhr Vormittags hatte der Geh. Cabinetsrath v. Müller und der Geh. Hofrath v. Bock Vortrag und arbeitete hierauf der König mit dem Vertreter des auswärtigen Amtes, Wirklicher Geh. Legationsrath Aken. Das Diner fand bei der Großherzogin im Panorama statt, und speisten auch dort der Prinz Albrecht und andere Fürstlichkeiten mit Gefolge. — Abends 8 Uhr wird hier ein großes Feuerwerk abgebrannt. — Die niederländischen Herrschaften sind zur Stunde noch nicht hier eingetroffen, doch hat ihnen der Prinz Albrecht in den 4 Thürmen bereits Platz gemacht und ist mit seiner Begleitung nach dem englischen Hof gezogen. — Prinz Georg ist auch noch nicht angekommen. — Ende nächster Woche fährt der König, wie es heißt, auf einige Stunden nach Coblenz, um daselbst die Königin bei der Ankunft von Babelsberg zu begrüßen. — Daß die hohe Frau Gms und Wiesbaden mit einem Besuch beehren werde, gilt bereits als Thatsache. — Mitte August, so heißt es, will die Königin zur Nachcur nach Baden-Baden gehen. — Die Großherzogin Mutter von Mecklenburg-Schwerin begibt sich nach beendeter Cur von hier nach Doberan und wird dort mit der großherzoglichen Familie einen längeren Aufenthalt nehmen. Der Prinz Albrecht tritt, so weit bis jetzt bestimmt, am Dienstag die Reise nach der Schweiz an. (Post.)

Gms, 18. Juli. Der Prinz und die Prinzessin Friedrich der Niederlande nebst Tochter sind heute hier eingetroffen. Auf dem Bahnhof waren der König, die Großherzogin-Mutter von Mecklenburg-Schwerin und Prinz Albrecht zum Empfang anwesend.

Schwerin, 16. Juli. [Gleichberechtigung der Confectionen.] — Der Jopf ist noch nicht am Ende. Meine Mittheilung, daß die Juden in Mecklenburg zur Erinnerung an das Bundesgesetz über die Gleichberechtigung der Confectionen ein Denkmal stiften wollen, erhält ihre Bestätigung durch ein Rundschreiben des Vorstandes der israelitischen Gemeinde zu Schwerin, unterzeichnet von Dr. Marcus daselbst, und gerichtet an sämtliche jüdische Gemeinden in beiden Mecklenburg, aus welchem Allenstätt mir Folgendes entnehmen:

„Mit diesem Ereignis ist einer der bedeutendsten Wendepunkte in unserer Geschichte eingetreten. Der Norddeutsche Bund hat das Banner der Gleichberechtigung aller Confectionen entfaltete. Wie schon nach der heiligen Schrift außerordentliche Ereignisse von unseren Vorfahren durch Segen von Denkmälern gefeiert wurden, so fordert auch uns das obgedachte Gesetz, durch welches wir aus der Finsternis zum Licht gelangen und unseren jüdischen und Bürgerberuf in vollstem Maße, als es uns bisher gestattete war, auszufüllen vermögen, dringend auf, dasselbe durch ein gutes, unseren Dank auch nach außen hin bezeugendes Werk würdig zu feiern. Wohlan denn! Frisch zur Unterzeichnung! Sie wird zeigen, daß wir mecklenburgischen Juden die uns endlich durch das Gesetz geordnete Freiheit, auch in ihrem vollen Umfange zu würdigen wissen; sie wird zeigen, daß das hohe Gut der Freiheit, errungen durch einen der edelsten Söhne Mecklenburgs, durch unseren wackeren Moritz Wiggers, die Energie des Willens in uns zu zünden vermag, ein dieses höchsten Ereignisses würdiges Werk zu stiften.“

Die Oberpostdirection in Schwerin hat sämtlichen Postanstalten einen Befehl des Großherzogs mitgetheilt, nach welchem die „Großherzoglichen Diener“, wenn sie sich in Uniform begegnen, sich gegenseitig begrüßen sollen, und auch der Gruß mit den Offizieren bei den großherzoglichen Truppen gewechselt werden soll. Der Gruß ist in militärischer Weise durch Anlegen der rechten Hand an die Kopfbedeckung zu geben, dabei haben die Postknechte, wenn sie fahren, die Peitsche mit an die Kopfbedeckung zu legen. Auf die Beamten der Postanstalten im Großherzogthum Mecklenburg-Strelitz findet

diese Bestimmung, wenn sie sich in Mecklenburg-Schwerin befinden oder dahin verlegt werden, ebenfalls ihre Anwendung. Ob solche Befehle an Beamte der norddeutschen Bundespost, an Offiziere der Bundes-Armee und vielleicht auch an die Bundes-Zollbeamten mit der Bundes-Versammlung im Einklang stehen, darüber wird sich wohl das Bundes-Kanzleramt schlüssig zu machen haben. (Volksz.)

Leipzig, 15. Juli. [Ehrengericht.] In Sachen der Errichtung eines studentischen Ehrengerichts fand gestern Nachmittag eine zweite allgemeine Studenten-Versammlung statt. Sie war von 250 bis 300 Studirenden besucht. Nach längerer Debatte wurde der Antrag des Studenten Mayet: „Die allgemeine Studenten-Versammlung nimmt die Errichtung des Ehrengerichts in die Hand“, fast einstimmig genehmigt. Bei der Specialberatung des gedruckten Statuten-Entwurfs einigte man sich über folgende Sätze:

1) Eine allgemeine Studenten-Versammlung wählt Anfang jeden Semesters 12 Ehrengerichte; diese cooptiren 3 Dozenten. 2) Das Ehrengericht tritt, wenn eine Differenz zwischen zwei oder mehreren Studirenden besteht, auf Anrufung eines der Theilnehmenden zusammen, labet den oder die anderen vor, stellt den Thatbestand fest und sucht einen gütlichen Vergleich anzubahnen. 3) Die Studientenschaft erklärt, daß, sobald ein Theilnehmender das Urtheil des Ehrengerichts anruft, sie es für die Pflicht des anderen erachtet, vor demselben zu erscheinen. 4) Jede der streitenden Parteien hat das Recht, zwei Richter zu verwerfen. 5) Wenn einer der Theilnehmenden bei der Verhandlung nicht erscheint, oder sich dem Ehrengericht nicht unterwerfen will, wird in dessen Abwesenheit verhandelt. 6) Das Ehrengericht erkennt auf die Ertheilung einer Ehrenentlassung in seiner und des Beleidigten Gegenwart, nie auf Mensur oder Duell. 7) Dem Ehrengericht wird das Recht der modificirten Veröffentlichung seiner Verhandlungen gewährt.

Die Commission, welche die redactionelle Abfassung der Statuten besorgen und am Anfang des nächsten Semesters die bezügliche Studenten-Versammlung berufen soll, besteht aus den Studenten Köpfer, v. Schwanebeck, Dawson, Weber und Mayet. (Studentische Ehrengerichte sind schon öfter errichtet worden, sind aber eben so oft nach kurzer Dauer wieder verschwunden. Wir wollen wünschen, daß das in Leipzig in Aussicht stehende sich bewährt.) (N. Z.)

München, 16. Juli. [Presseproceß.] Bei überfülltem Saale fand heute zu Straubing die Schwurgerichtsverhandlung gegen Redacteur Michinger vom „Straubinger Tagblatt“ statt. Von sechs Zeugen aus Schwandorf wurde bestätigt, daß die Rede des Bischofs Senefrey von Regensburg in Schwandorf, wenigstens dem Sinne nach, so gelaunt hat, wie sie in der „Bayerischen Zeitung“ zuerst zur Veröffentlichung gelangte. Insbesondere wurde der Schlußsatz bestätigt: „Unser König selbst ist von Gottes Gnaden, und wenn die Könige das nicht mehr sein wollten, so wäre ich der Erste, der die Throne oder den Thron umstürzt.“ Zwei Zeugen fasten die bischöfliche Rede milder auf. Die Verhandlung endigte heute Nachmittag 2 Uhr mit Freisprechung des Angeklagten. (N. Z.)

Stuttgart, 17. Juli. Heute früh starb auf Schloß Lichtenstein Herzog Wilhelm v. Urach, Graf v. Württemberg, General der Infanterie, 59 Jahre alt. (W. T. B.)

Oesterreich.

Wien, 18. Juli. [Ernennung.] Die amtliche „Wiener Ztg.“ meldet die Ernennung des Erzherzogs Wilhelm zum Ober-Commandanten der Landwehr der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder, sowie des Feldzeugmeisters Frhrn. v. Schmerling zu dessen Stellvertreter. — Laut telegraphischer Meldung aus Sugawa (Bulowina) hat die erste Arbeits-Locomotive auf der Lemberg-Jassyer Bahn die österreichisch-moldauische Grenze überschritten.

Italien.

Rom, 14. Juli. [Tagesbericht.] Der Bruder des Papstes, Graf Gabriel Mastai-Ferretti, ist zu Sinigaglia in Folge eines Sturzes gestorben. Der Graf war das Haupt der Familie und stand in seinem 90. Lebensjahre. Der Papst ist durch die Nachricht sehr betrübt. — Das neue Buch Renan's über den heiligen Paulus ist der Congregation des Jndes überwiesen und beurtheilt worden; die Beurtheilung wird dem Papste zur Bestätigung vorgelegt werden. — Der Papst hat dem Cardinal Donalb so viele Blöde antiken Marmors aus dem Libereporium bewilligt, wie zum Neubau des Hauptaltars der Kathedrale zu Lyon nöthig sind. Verschiedene Kirchen in Südamerika haben um dieselbe Günst und sollen berücksichtigt werden. — Der italienische Senator Cantelli kommt und geht nach Florenz; Mancher fragt nach dem Zwecke dieser wiederholten Reisen. „So viel ist gewiß, daß er eine Mission irgend welcher Art bisher nicht inne hatte, müßte nicht etwa die Recognition des betreffenden Terrains Behufs der Anknüpfung einer Verhandlung dahin gerechnet werden.“

Frankreich.

Paris, 15. Juli. [Ministerkrisis und Urtheile der Tagespresse darüber.] Die Franzosen haben jetzt etwas, das sie unter dem Kaiserreich noch nicht gehabt: Ministerkrisis, und das eine Ministerkrisis mit Hindernissen. Die Confusion ist jetzt derart, daß man nicht wohl einseht, wie sie noch größer werden könnte. Wenn es gelänge, schnelligst ein Ministerium zu bilden, wenn dies Ministerium dem gesetzgebenden Körper entnommen würde; wenn ihm die Aufgabe zufiele, jene Veränderungen in der Verfassung, die man beabsichtigt, auszuarbeiten und vor dem Senate zu verteidigen, damit dieser sich nicht bezogen fähle, durch Einschränkungen und Klauseln, wie man dergleichen gesehen, wieder Alles zu verderben; wenn diese Männer endlich (um die Reihe der wenn, die sich noch eine gute Weile fortzuführen ließe, zu schließen), wenn diese Männer also, aus dem Tierspartei hervorgegangen, im Cabinet eine größere Energie und Zähigkeit zeigten, als sie in der Kammer lethargisch verrathen — so möchte Alles noch leidlich ablaufen. Aber nun erhob sich der Einwand, daß die neuen Minister nicht wohl der Kammer entnommen werden können, ehe diese Kammer das geworden ist, was sie werden soll. Dazu ist aber zuerst das Zustandekommen des Senatsbeschlusses die Umarbeitung oder Amendirung der Constitution oder die Abfassung eines Zusatzartikels erforderlich. Da, wie gestern schon hervorgehoben, kein altes Ministerium existirt, kein neues gebildet ist, die Kammer sich von aller Theilnahme ausgeschlossen sieht, der Staatsrath als politische Körperschaft nicht in Betracht kommt, so concentrirt sich für den Augenblick alle Gewalt in der Person des Kaisers. Es bleibt Niemand übrig als er, um die neuen Reformen ins Werk zu setzen, diese Reformen, die nach seinem eigenen Geständnis darauf berechnet sind, seine Gewalt einzuschränken. Inmitten einer erschreckenden Leere steht also das persönliche Regiment noch aufrecht, um sich zu einer letzten Lebensäußerung anzufügen. Und zwar bestände diese Lebensäußerung in einem Acte der Selbstverläugnung. Es liegt darin ein frappanter Widerspruch, der Niemandem entgehen kann, und welcher selbst den Optimisten Bedenken einflößt. Das persönliche Regiment, selbst wenn es den Willen hat, sein Testament zu machen, findet keinen Notar, daselbst nach den Regeln aufzusetzen. Aber das ist nicht der einzige Wi-

derspruch, den die Lage mit sich bringt. Bei der Neugestaltung eines Ministeriums hätte notwendiger Weise, wenn man vernünftig verfahren wollte, auch der Minister des Innern, Herr Forcade de la Roquette, weichen müssen, in dem sich eine der wichtigsten Seiten des bisherigen Verwaltungsorganismus, das Wahlsystem, verkörpert. Und kein Minister hatte weniger Veranlassung, den Platz zu räumen, als der Minister des Aeußeren, der in keiner Weise von der öffentlichen Meinung angegriffen, mit den Wahlen nicht das Geringste zu thun gehabt. Aber der Minister des Aeußeren geht und der des Innern bleibt, wie es den Anschein hat. Also auch im Einzelnen sind die Verhältnisse vertrackt und widersinnig. Indessen muß ein Ministerium gefunden werden, mit dem sich über diese Zwischenperiode hinwegkommen läßt, welches das Umbildungsproject vor dem Senate vertritt. Und am Ende wird es sich finden. Nur hat, wie die Dinge liegen, das neue Cabinet, zwischen zwei Perioden gestellt, von denen es keiner angehört, nicht eben Aussicht auf lange Lebensdauer, daher sein Zustandekommen so mühselig ist. — Und endlich kommt noch ein anderer Umstand in Betracht. So lange kein Senatsbeschuß darüber gefaßt ist, müssen diejenigen Deputirten, welche Minister werden wollen, ihr Mandat als Abgeordnete niederlegen. Es mag aber mehr als Einem fraglich erscheinen, ob er hinterher auch wiedergewählt werden wird. Jeder fühlt, daß die Regierung oder vielmehr das Staatsoberhaupt, welches für den Augenblick die gefammte Verwaltung repräsentirt, sich in einen Cirkel eingeschlossen hat, aus dem es nicht heraus kann. Auch diejenigen verkennen die Schwierigkeiten nicht, welche wie Robert Mitchell im „Constitutionnel“, große Hoffnungen hegen:

„Wir haben heute — schreibt derselbe — die Mittel, frei zu sein; haben wir denn auch den Willen! Von uns selbst müssen wir die Freiheiten begehren, welche uns fehlen. Die Anfänge des parlamentarischen Regiments werden schwierig sein. Es wird viele Zögerungen, Versuche, falsche Berechnungen geben. Man wird gleich von vornherein inne werden, daß das so eben umgestaltete System das schwere Unrecht begangen hat, nicht die neuen Männer, die jungen, intelligenten, ehrgeizigen Männer an sich zu ziehen, nicht eine Art von politischem Conservatorium zu bilden, aus dem die Regierung sich unaufhörlich rekrutiren könnte. Aber mit Geduld und besonders mit freien Wahlen werden wir schnell den Wirkungen einer allzu langen Nachlässigkeit abhelfen.“

Bedeutend weniger hoffnungslos sieht Adolphe Guérout in der „Opinion Nationale“ die Lage an.

„Gatten wir Unrecht, sagt er u. A., zu sagen, daß nach den Wahlen und den politischen Folgerungen, die so ungewisheit daraus hervorgingen, die Regierung mit einem neuen Cabinet und einem freiwilligen Reformprogramm der Kammer entgegentreten müsse? So hätte sie wirklich den Vortheil der Initiative gehabt und hätte nicht den Schein auf sich geladen, daß, was sie gab, sich entziehen zu lassen. Da sie es nicht gewagt, diese entschlossene und weise Haltung anzunehmen, so erklärte sie, zunächst warten zu wollen, welche Wünsche die Kammer ausdrückte. Dann aber wagte sie es thatsächlich nicht, der Discussion der Interpellation des Tiersparti die Stirn zu bieten. Daher Botchaft und Vertagung. Man sieht, wie diese Politik schwankend, ungewis und mit ihren eigenen Entschlüssen im Widerspruch ist. Man wird gezwungen, das zu thun, was zu thun man Anfangs sich geweigert hat; nur that man es schlecht, mit Ueberleistung und schlechter Laune und dergestalt, daß man diejenigen verlegt, welche man aufreiben stellen wollte. Das Publikum fühlt instinctmäßig, daß es vielmehr dem Abbruch eines alten Systems als der Errichtung eines neuen beiohnt.“

* Paris, 15. Juli. [Zur kaiserlichen Botchaft.] Das „Journal des Debats“ wendet sich immer mehr dem liberal-parlamentarischen Kaiserthum zu. Es sagt heute:

„Einige Personen begehren ihr lebhaftes Ersauern darüber, daß die vorgestern angefügten Reformen sich nicht auf eine größere Anzahl von Punkten erstrecken und mehrere Blätter, die sich sehr für aufrichtige Freunde der parlamentarischen Prärogative halten, zögerten nicht, diese Klagen zu wiederholen. Dem liegt aber, glauben wir, ein sonderbarer Irrthum zu Grunde. Es gehörte zu den Eigenthümlichkeiten des persönlichen Regiments, Alles selbst zu thun und von den Kammern nur die gesetzliche Sanction seiner Entschlüsse zu verlangen. Wenn die Botchaft vom 12. Juli sich nicht bloß darauf beschränkt hätte, lediglich die unentbehrlichen Veränderungen anzufügen, durch welche den Vertretern des Landes ihr Antheil legitimen Einflusses auf die Leitung der Geschäfte zurückgegeben wird, so hätte sie auf diese Weise auf der einen Seite zurückgenommen, was sie auf der andern zu bewilligen schien und der Act, der dazu bestimmt war, dem gesetzgebenden Körper seinen vollen Antheil an der Autorität zuzuerkennen, hätte gleichzeitig dieses Versprechen demittirt und das persönliche Regiment ebenso hart, ebenso lebensfähig, als in der Vergangenheit, gezeigt. Gewiß glauben wir auch, daß noch heilame Reformen durchzuführen sind, aber an unseren Vertretern ist es jetzt, sie zu prüfen und sie zu gelegener Zeit der ausübenden Gewalt vorzuschlagen. Wir sehen also einen Beweis von Achtung gegen die Kammer in der Thatsache, daß die Botchaft sich darauf beschränkte, die Fragen zu behandeln, welche sich auf die Rechte des Parlaments beziehen.“

Ueber die Ministerkrisis sagt das „Journal des Debats“ dann weiter:

„Die Haupt Schwierigkeit scheint augenblicklich die zu sein, ein Ministerium zu bilden entweder aus neuen Elementen oder aus den alten Elementen aller ministeriellen Combinationen, die seit 15 Jahren vorgekommen sind. Das Ministerium bedarf durchaus neuer Elemente, und wir hoffen, daß die neuen Männer, an die man sich wenden wird, begreifen werden, daß in so schwierigen Verhältnissen, wie wir sie jetzt zu bestehen haben, ihre Vaterlandsliebe, an der wir nicht zweifeln, es ihnen zur Pflicht macht, die Erwägungen, durch welche sie sich bis jetzt haben zurückhalten lassen, bei Seite zu schieben.“

[Personalien.] Fürst Metternich ist seit Dienstag wieder in Paris und hatte bereits gestern eine lange Unterredung mit Herrn de Labalette. — Der Kaiser arbeitet jetzt an einer zweiten Ausgabe seines Werkes: „Histoire de Cesar“. — Der Abg. Gambetta hat sich zur Kur nach Gms begeben.

Großbritannien.

A. A. C. London, 15. Juli. [In der gestrigen Sitzung des Unterhauses] debattirte man Lord Kings wichtige Bill über das Testament-Erbrecht. Er begehrt, daß die Erbschaft in Grundeigenthum hinfort ebenso behandelt werden sollte, wie jede andere Erbschaft, und zwar in der Art, daß Erstes unter den Kindern des Erblassers vertheilt werden sollte, anstatt in toto auf den ältesten Sohn überzugehen. Veresford hope (wie es heißt, Eigenthümer der „Saturday Review“) beantragte Verwerfung. Außer den hergebrachten Einwürfen machte er einen neuen, dahin lautend, daß bei den jetzigen Verhältnissen des Landes, wo es mit dem Schutzzoll vorüber, wo Freihandel dominirt und das Volk nicht von inländischen Produkten mit seinem Unterhalt abhängig sei, der Besitz von Grundeigenthum als ein Luxusartikel angesehen werden müsse, der für die Kaufsfähigen reservirt werden sollte. Die ministeriellen Redner waren zu Gunsten der Bill. Auch mehrere Abolaten, darunter ein großer Grundeigenthümer, entschieden sich für dieselbe Ansicht. Hall (Zorn) opponirte, gab aber die Nothwendigkeit gewisser Aenderungen der jetzigen Erbschaftsgesetze zu, indem aus dem Grundeigenthum wenigstens für die Wittve und die jüngeren Kinder einige Vorseorge getroffen werden sollte. Der Solicitor-General rief, die zweite Lesung zu genehmigen, und dies erfolgte mit 169 gegen 144 Stimmen. — Vaines zog die Libell-Bill zurück, welche die Verantwortlichkeit der Presse wesentlich erweitert. Er hielt es nicht für möglich, noch in dieser Session die Bill mit Erfolg durchzuführen. Auf Verlangen theilte Gladstone mit, daß er keine hastige Behandlung der Amendements des Oberhauses zur irischen Kirchenbill wünsche, und falls die Debatte nicht

